



Landesamt für Umwelt  
Postfach 60 10 61 | 14410 Potsdam

Stadt Ludwigsfelde  
Fachdienst Stadtentwicklung  
Rathausstraße 3  
14974 Ludwigsfelde

Bearb.: Frau Andrea Barenz  
Gesch-Z.:LFU-TOEB-  
3700/25+48#248826/2024  
Hausruf: +49 355 4991-1332  
Fax: +49 331 27548-2659  
Internet: [www.lfu.brandenburg.de](http://www.lfu.brandenburg.de)  
[TOEB@LfU.Brandenburg.de](mailto:TOEB@LfU.Brandenburg.de)

Cottbus, 05.07.2024

**Frühzeitige Beteiligung B-Plan Nr. 46 "Ahrensdorfer Heide - Gartenstadt im  
Rousseau Park" der Stadt Ludwigsfelde**  
Stellungnahme als Träger öffentlicher Belange

Eingereichte Unterlagen:

- Anschreiben vom 22.05.2024
- Begründung mit Umweltbericht, 03/2024
- Schalltechnische Voruntersuchung, 06/2021
- Artenschutzfachbeitrag, 05/2024
- Planzeichnung, 03/2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die zum o. g. Betreff übergebenen Unterlagen wurden von den Fachabteilungen Naturschutz, Immissionsschutz und Wasserwirtschaft (Prüfung des Belangs Wasserwirtschaft hier bezogen auf die Zuständigkeiten des Wasserwirtschaftsamtes gemäß BbgWG § 126, Abs. 3, Satz 3, Punkte 1-5 u. 8) des Landesamtes für Umwelt (LfU) zur Kenntnis genommen und geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung wird für die weitere Bearbeitung der Planungsunterlagen sowie deren Umsetzung beiliegende Stellungnahme der Fachabteilung Immissionsschutz übergeben. Die Fachabteilung Wasserwirtschaft zeigt keine Betroffenheit an.

Die fachliche Zuständigkeit für den Naturschutz obliegt der unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Andrea Barenz

Dieses Dokument wurde am 05.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

## FORMBLATT

### Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

#### Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Frühzeitige Beteiligung B-Plan Nr. 46 "Ahrensdorfer Heide - Gartenstadt im Rousseau Park" der Stadt Ludwigsfelde
Ansprechpartner*In:	Frau Blumberg, Tel.: 0355-4991-1339 TOEB@ifU.brandenburg.de
Fachstellungnahme Schallgutachten	Herr Thomas, Tel.: 033201 442-326

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

#### 1. Einwendungen

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können  
(bitte alle drei Rubriken ausfüllen)

##### a) Einwendung

##### b) Rechtsgrundlage

##### c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

#### 2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

##### a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

##### b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

#### 3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen
b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise	
<input type="checkbox"/>	Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens
<input checked="" type="checkbox"/>	Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage
<p>1. <u>Sachstand</u></p> <p>Antragsgegenstand ist der Bebauungsplan Nr. 46 „Ahrensdorfer Heide – Gartenstadt im Rousseau Park“ der Stadt Ludwigsfelde. Der B-Plan wird im Regelverfahren mit Umweltprüfung aufgestellt. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 46 der Stadt Ludwigsfelde sollen auf einer Fläche südlich der DB-Strecke 6126 „Berliner Außenring“ bzw. unmittelbar östlich der Landestraße 795 die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung von Wohnnutzungen sowie kleinerer wohnverträglicher Gewerbeeinheiten geschaffen werden. Des Weiteren ist im Westen des Plangebiets die Errichtung eines Parkhauses geplant. Entsprechend des o. g. Bauungskonzepts sieht die Planung die Festsetzung eines allgemeinen Wohngebiets (WA), eines Mischgebiets (MI) sowie eines Sondergebiets (SO Parkhaus) nach Baunutzungsverordnung (BauNVO) vor. Nordwestlich soll die Errichtung eines Bolzplatzes erfolgen. Das Plangebiet liegt aktuell brach.</p> <p>Der Bebauungsplan überplant den BP 9.2 und grenzt an den Bebauungsplan Nr. 35 und Nr. 42 an. Die Nr. 35 setzt angrenzend WA und Fläche für Gemeinbedarf fest.</p> <p>Im Geltungsbereich des vorliegenden B-Planes befinden sich nach aktuellem Kenntnisstand keine nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlagen. Mit Realisierung werden nicht genehmigungsbedürftige Anlagen (u.a. Parkhaus) im Plangebiet etabliert. Neben der Lärmbelastung durch die o. g. Verkehrswege (DB-Strecke 6126, L 795) sind für das Plangebiet auch Lärmimmissionen durch den Straßenverkehr auf der nördlich der DB-Strecke 6126 „Berliner Außenring“ verlaufenden Landestraße 79, der Rousseauallee, Potsdamer Straße, Zur Ahrensdorfer Heide und ggf. durch die ca. 1,4 km südlich des Plangebiets verlaufende Bundesautobahn 10 (BAB 10) zu erwarten.</p> <p>Der vorliegende Bebauungsplan wurde insbesondere nach den Grundsätzen des § 50 BImSchG i.V.m. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) geprüft. Demnach sollen Flächen unterschiedlicher Nutzung einander so zugeordnet werden, dass schädliche Umwelteinwirkungen (§§ 1 und 3 BImSchG) auf schutzwürdige Nutzungen weitgehend vermieden und neue Konfliktlagen ausgeschlossen werden.</p> <p>2. <u>Stellungnahme</u></p>	

a) Schallgutachten [1]

Im Rahmen einer schalltechnischen Voruntersuchung [1] wurde zunächst im Hinblick auf den Schutz des Plangebiets vor Verkehrslärm (Straße/Schiene) die Wirksamkeit von möglichen Lärmschutzvarianten geprüft. Darüber hinaus enthalten die ausgelegten Unterlagen auch ein verkehrstechnisches Gutachten [2], in dem u. a. die künftig auf dem öffentlichen Straßennetz unter Beachtung der Zusatzverkehre des Vorhabens zu erwartende Straßenverkehrsbelastung prognostiziert sowie deren Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des vorhandenen Straßennetzes untersucht wurden. Zu den in [1] erarbeiteten Ergebnissen und Aussagen nehmen wir wie folgt Stellung:

Eingangsdaten für die Berechnung der Lärmbelastung durch den Straßen- und Schienenverkehr

Mit Bezug auf die zur Berechnung der Lärmbelastung durch den Straßenverkehr verwendeten Eingangsdaten findet sich in [1] die folgende Aussage.

Auszug aus [1] Seite 5

*„... Zur Ableitung des Verkehrsaufkommens (DTV) der umliegenden Straßenabschnitte im Prognose-Nullfall wurden die vorliegenden Daten aus der Verkehrserhebung vom 20.04.2021 [3], dem Prognose-Planfall der verkehrstechnischen Untersuchung vom 05.12.2017 [2] sowie der Straßenverkehrsprognose des Landes Brandenburg 2030 miteinander verglichen und der entsprechend höchste Wert gewählt.*

*Für die Erschließungsstraßen „Rousseauallee“ und „Zur Ahrensdorfer Heide“ wurde im Ergebnis der Plausibilitätsprüfung der Verkehrserhebungsdaten vom 20.04.2021 ein „Corona-Faktor“ von 1,5 vergeben. Somit können mögliche Auswirkungen der Corona-Situation zum Zeitpunkt der Zählung ausgeglichen werden. Für alle anderen Straßenabschnitte war das Prognose-Verkehrsaufkommen maßgebend. ...“*

Nach fachlicher Auffassung des Landesamtes für Umwelt (LfU) Brandenburg sollte für die Berechnung der für ein Plangebiet künftig zu erwartenden Verkehrslärmbelastung und des daraus resultierenden Umfangs an ggf. erforderlichen Schallschutzmaßnahmen durch den Gutachter ein für diese Aufgabe qualitativ belastbares Verkehrsaufkommen verwendet werden.

Nach den Hinweisen in Kapitel B 24.1, Seite 4/16 der Arbeitshilfe Bebauungsplanung [5] wird mit Bezug auf die für Bauleitplanungen zu verwendenden Verkehrszahlen üblicherweise – vor allem hinsichtlich der Verkehrsentwicklung – auf einen Prognosezeitpunkt abgestellt, der 10 bis 15 Jahre in der Zukunft liegt. In diesem Zusammenhang sollte in der vorliegenden Untersuchung dargelegt werden, ob die in [1] verwendete Straßenverkehrsprognose der in der Arbeitshilfe Bebauungsplanung [5] für Prognoseplanfälle genannten Anforderung (Prognosezeitpunkt 10 bis 15 Jahre) entspricht. Dies betrifft auch die DB-Strecke 6126 „Berliner Außenring“, für die im Rahmen der schalltechnischen Berechnungen [1] Zugzahlen für das Jahr 2030 verwendet wurden.

Nach den Darlegungen auf Seite 5 [1] wurde der für die Berechnung der Lärmemissionen nach RLS-19 benötigte Anteil an Fahrzeugen der Fahrzeuggruppen Pkw / Lkw1 (p1) / Lkw2 (p2) aus den Verkehrserhebungsdaten vom 20.04.2021 abgeleitet. Einzig für den Abschnitt der Bundesautobahn 10 wurden die Anteile der Fahrzeuggruppen Lkw1 (p1) und Lkw2 (p2) aus der Tabelle 2 der RLS-19 für Straßenkategorie „Bundesautobahnen und Kraftfahrstraßen“ übernommen.

Im Zusammenhang mit der Anwendung der Tabelle 2 der RLS-19 weisen wir darauf hin, dass gemäß der RLS-19 (Seite 13) die Standardwerte der Tabelle 2 nur anzuwenden sind, wenn keine geeigneten

projektbezogenen Untersuchungsergebnisse vorliegen. Im Hinblick auf die im vorliegenden Fall für die BAB 10 verwendeten Eingangsdaten sollte geklärt werden, ob sich ggf. aus den Verkehrszählenden der BAST [6] projektbezogene Angaben zum Verhältnis leichter und schwerer Lkw ( $p_1 / p_2$ ) am Tag und in der Nacht für den betrachteten Straßenabschnitt der BAB 10 ableiten lassen.

Dies betrifft auch den Anteil an Krafträdern, die bei der Berechnung der Lärmemissionen der jeweiligen Straße nach den Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen RLS-19 ebenfalls berücksichtigt werden können.

#### Beurteilung der untersuchten Schallschutzvarianten

Im Zusammenhang mit der vom Gutachter durchgeführten Beurteilung (Variantenvergleich) zur möglichen Umsetzung aktiver Lärmschutzmaßnahmen weisen wir darauf hin, dass im Rahmen dieser Aufgabe neben der durch die jeweilige LS-Variante erreichten Lärmbelastung (Beurteilungspegel) auch die durch die LS-Variante erzielte Schutzwirkung (Pegeldifferenz zwischen Nullfall vs. Nullfall mit Schallschutzvariante) mit in die Abwägung einbezogen bzw. bewertet werden sollte.

Des Weiteren sollten im Rahmen des in [1] durchgeführten Variantenvergleichs (aktiver Lärmschutz) nach fachlicher Auffassung des LfU Brandenburg nicht nur wie im vorliegenden Gutachten [1] eine mittlere Empfängerhöhe, sondern auch niedrige (Erdgeschoss) und höhere Geschosslagen (letzte Geschoss) betrachtet werden.

Bemerkung:

*In der Begründung zum Bebauungsplan [3] findet sich im Kapitel 5.4 ein Hinweis, dass im Rahmen einer ergänzenden Lärmausbreitungsberechnung vom August 2022 auch höhere Geschosse (insbesondere das 4. Obergeschoss) untersucht wurden. Die in [3] dazu erwähnte Untersuchung liegt in den aktuell ausgelegten Unterlagen nicht vor und kann daher im Rahmen dieser Stellungnahme durch das LfU nicht bewertet werden.*

#### Textliche Ausführungen im Kapitel 5.4 der Begründung zum Bebauungsplan [3]

Die in der vorliegenden schalltechnischen Untersuchung [1] zur Wirkung aktiver Lärmschutzmaßnahmen erarbeiteten Aussagen wurden vom Vorhabenträger in das Kapitel 5.4 der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 46 [3] aufgenommen. Darüber hinaus ist festzustellen, dass sich im Kapitel 5.4 [3] noch weitere Aussagen zum Thema „Lärmschutz“ finden.

Zu der zum Schutz von Außenwohnbereichen in [3] Kapitel 5.4.4.4 dargelegten Aussage geben wir im Hinblick auf die Fortführung des Planverfahrens bzw. der Erstellung einer finalen schalltechnischen Untersuchung folgenden ergänzenden Hinweis.

Auszug aus [3] Kapitel 5.4.4.4 Seite 33

*„... Festsetzungen zum Schallschutz von Außenwohnbereichen sind erforderlich, sofern ein Tagespegel von 65 dB(A) überschritten wird. Bei Lärmbelastungen ab 62 dB(A) wird die Kommunikation stark beeinträchtigt, spätestens bei einem Lärmpegel über 70 dB(A) sind konkrete Gesundheitsgefährdungen, z. B. ein ansteigendes Herzinfarktrisiko, zu befürchten.*

*Aus diesem Grund sind im nördlichen Teil des Mischgebietes MI, in dem die Tagespegel von 65 dB(A) etwa auf Höhe eines vierten Vollgeschosses überschritten werden, Außenwohnbereiche von Wohnungen im vierten Vollgeschoss innerhalb eines Abstandes von 10,0 m zur nördlichen Baugrenze*

*nur in baulich geschlossener Ausführung (zum Beispiel als verglaste Loggia oder verglaster Balkon) zulässig. ...“*

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass die o. g. Angabe „... Tagespegel von 65 dB(A) ...“ dem Wert entspricht, der dem im Kapitel 24.1, Seite 11/16 der für das Land Brandenburg herausgegebenen Arbeitshilfe Bebauungsplanung [5] zu entnehmen ist.

Auszug aus [5] Kapitel B 24.1 Seite 11/16:

*„... Festsetzungen zum Schutz der Außenwohnbereiche werden ab einer Überschreitung der Orientierungswerte für GE notwendig. Nur passiver Schallschutz ist dann nicht mehr ausreichend.<sup>6</sup> Eine Vernachlässigung des Schutzes*

*der Außenwohnbereiche kann einen Abwägungsfehler darstellen.<sup>7</sup>*

...

*Fußnote 6: VGH Hessen, Urt. v. 22.04.2010 – 4 C 327/09.N*

*Fußnote 7: VGH Baden-Württemberg, Urt. v. 19.10.2011 – 3 S 942/10. ...“*

Der in Kapitel B 24.1 (Seite 11/16) der Arbeitshilfe Bebauungsplanung [5] dargestellte Text entspricht dem Leitsatz [7], [8] des dort mit der Fußnote 6 angegebenen Urteils des VGH Hessen (Urt. v. 22.04.2010 – 4 C 327/09.N).

Auszug aus dem Leitsatz des VGH Hessen [7] [8]:

*„...**Keine Wohnbebauung auf Industriebrache**, VGH Hessen, Urteil vom 22.04.2010 – 4 C 327/09 ...*

...

*2. Überschreitet der Gesamtbeurteilungspegel aus Straßen- und Verkehrslärm den Orientierungswert für Gewerbegebiete, sind Maßnahmen zum Schutz der Außenwohnbereiche erforderlich. Nur passive Schallschutzmaßnahmen sind dann zur Konfliktbewältigung nicht ausreichend. ...“*

Mit Bezug auf die textlichen Ausführungen zum Tatbestand des Urteils [7] weisen wir darauf hin, dass sich der dort verhandelte Fall auf einen Bebauungsplan bezog, in dem innerhalb von ausgewiesenen Misch-, Kern-, und Gewerbegebietsflächen (MI, MK, GE) Wohnbebauung realisiert werden sollte.

Zum Sachverhalt „Außenwohnbereiche“ findet sich unter dem Punkt „Entscheidungsgründe“ auf Seite 20 des Urteils [7] der folgende Text:

Auszug aus den Entscheidungsgründen, VGH Hessen, Urteil vom 22.04.2010 – 4 C 327/09 [7]:

*„...Darüber hinaus hat die Schutzwürdigkeit der Außenwohnbereiche und das Wohnen bei geöffnetem Fenster in der Planung der Antragsgegnerin nicht in der gebotenen Weise Berücksichtigung gefunden. Zu den Außenwohnbereichen zählen die außerhalb von Wohngebäuden vorhandenen Flächen, sofern sie nicht bloß der Verschönerung des Grundstücks dienen, sondern in Ergänzung der Gebäudenutzung für ein Wohnen im Freien geeignet und bestimmt sind. Diese Flächen, zu denen Gärten, Terrassen, Balkone und in ähnlicher Weise nutzbare sonstige Außenanlagen gehören, sind nur tagsüber schutzwürdig, da sie nachts nicht dem dauerhaften Aufenthalt von Menschen zu dienen pflegen (BVerwG, Urteil vom 16.03.2006 - BVerwG 4 A 1075/04 – BverwGE 125, 116).*

*Insoweit hat die Antragsgegnerin nicht berücksichtigt, dass die am Tag zulässigen Schallpegel von*

60 dB(A) weit überschritten werden und damit eine Freiflächennutzung (Terrassen und Balkone) stark eingeschränkt ist. Bei der Behandlung der Bedenken und Anregungen (siehe Textbaustein 10, Bl. 1181 der Aufstellungsvorgänge) ging die Antragsgegnerin davon aus, dass der Immissionsrichtwert der TA Lärm für Mischgebiete von 60 dB(A) am Tag eingehalten wird.

Dies ist aber ausweislich des Gutachtens des Ingenieur- und Beratungsbüros Dipl.-Ing. K### (IBK) vom 29. August 2007 nicht der Fall. Allein der Fluglärm beträgt tagsüber für den Planfall 2020 Ostbetriebsrichtung (gemäß Flugkonturen des RDF) 60 dB(A). Hierzu addiert sich der Straßenverkehrslärm von bis zu 63 dB(A) am Tag. Die Geräusche des Fluglärms und des Straßenverkehrslärms addieren sich zu einem Gesamtbeurteilungspegel am Tag von 65 dB(A). Aus diesen Gesamtbeurteilungspegeln ergibt sich unter Berücksichtigung einer Korrektur von 3 dB(A) (Freifeldkorrektur) ein maßgeblicher Außenlärmpegel nach DIN 4109 von 68 dB(A) am Tag. Dieser Wert liegt über dem nach den einschlägigen Regelwerken für Gewerbegebiete vorgesehenen Richt- bzw. Orientierungswert von 65 dB(A) am Tag. ...“

Im Vergleich zum Leitsatz des Urteils ([7] Punkt 2) findet sich in dem Textteil unter dem Punkt „Entscheidungsgründe“ die Feststellung, dass der sich aus dem Gesamtbeurteilungspegel ergebende maßgebliche Außenlärmpegel nach DIN 4109 am Tag von 68 dB(A), der bei der Bemessung des passiven Lärmschutzes zu berücksichtigen ist, über dem Tages-Orientierungswert für Gewerbegebiete von 65 dB(A) liegt. Darüber hinaus lässt sich mit Bezug auf das für Außenwohnbereiche anzustrebende Schutzziel aus den Entscheidungsgründen des o. g. Urteils [7] ableiten, dass der im verhandelten Fall [7] zulässige Schallpegel von 60 dB(A) für eine Freiflächennutzung (Terrassen und Balkone) weit überschritten wird.

Überträgt man den Wortlaut aus den Entscheidungsgründen des Urteils des VGH Hessen ([7], Seite 20) auf den vorliegenden Fall, so ist nach unserer fachlichen Auffassung davon auszugehen, dass bei einer Verkehrslärmbelastung von Lr bis zu 65 dB(A) am Tag [3] die Nutzung von möglichen offenen Außenwohnbereichen (Terrassen, Loggien, Balkone) in diesen Bereichen des Plangebiets (Festsetzung WA / MI) bereits als eingeschränkt einzuschätzen ist.

Nach fachlicher Auffassung des Landesamtes für Umwelt (LfU) Brandenburg sind im Rahmen des vorliegenden Planverfahrens die Hinweise aus der Arbeitshilfe Bebauungsplanung [5] gemäß Kapitel B 24.1 zu beachten und an Gebäudeseiten mit einer hohen Lärmbelastung nur Außenwohnbereiche in baulich geschlossener Ausführung (zum Beispiel als verglaste Loggia oder verglaster Balkon) zuzulassen. Damit bleiben Balkone und Loggien nach [5] Kapitel B 24.1 auch auf der dem lärmbelasteten Verkehrsweg zugewandten Seite grundsätzlich möglich. Die Forderung einer baulich geschlossenen Ausführung schließt nach [5] nicht aus, dass eine Öffnung der äußeren baulichen Hülle (z. B. durch verschiebbare Glaselemente) durch den Nutzer ermöglicht wird. Darüber hinaus könnten z. B. Terrassen auch auf der dem lärmbelasteten Verkehrsweg abgewandten Seite im Schutz der neuen Baukörper geplant werden.

Im Hinblick auf den Begriff „hohe Lärmbelastung“, bei der die o. g. Schutzmaßnahmen (AWB) nach [5] vorzusehen sind, sollte nach unserer fachlichen Auffassung als Schwellenwert hilfsweise der jeweilige Tages-Immissionsgrenzwert (IGW) der 16. BImSchV herangezogen werden, da davon ausgegangen werden kann, dass die 16. BImSchV rechtlich insoweit unstrittig ist.

Der Wortlaut in der Arbeitshilfe Bebauungsplanung ([5] Kapitel B 24.1 Seite 11/16) der im Hinblick auf die Notwendigkeit von Festsetzungen zum Schutz von Außenwohnbereichen auf die Überschreitung



des Orientierungswertes des Beiblattes der DIN 18005 für Gewerbegebiete von 65 dB(A) am Tag verweist, bezieht sich nach unserer Auffassung auf eine Situation, bei der nur passive Schallschutzmaßnahmen (z. B. verglaster Balkon) zur Konfliktbewältigung nicht mehr ausreichend sind. Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass seit Juni 2023 gilt die neue DIN 18005. Im Beiblatt 1 wird geregelt, dass bei Außen- und Außenwohnbereichen grundsätzlich die Orientierungswerte des Zielbereiches „tags“ gelten. Sie beziehen sich bereits auf den Rand der Bauflächen oder der überbaubaren Grundstücksflächen in den jeweiligen Baugebieten.

Ergänzender Hinweis:

*Nach fachlicher Auffassung des LfU sollten im Allgemeinen bei der Ausweisung von Außenwohnbereichen bei einer durch den Verkehrsweg gegebenen hohen Lärmbelastung alle im Rahmen eines Bauleitverfahrens (Abwägung) möglichen planerischen Mittel im Hinblick auf die Gewährleistung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse ausgeschöpft werden. Für offene Außenwohnbereiche, bei denen ohne die Ausschöpfung aller planerischen Mittel bereits zum Zeitpunkt des Bauleitverfahrens eine Lärmbelastung vorliegt, die den Tages-Immissionsgrenzwert (IGW) der im Bebauungsplan festgesetzten Nutzungsart überschreitet, würde sich im Falle eines künftig möglichen Ausbaus der Lärmquelle (z. B. Kommunale, Landes- oder Bundesstraße) bei einer gemäß Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) vorliegenden wesentlichen Änderung dadurch ggf. bereits per se dem „Grunde nach“ ein Entschädigungsanspruch des Eigentümers des Außenwohnbereichs gegenüber dem Baulastträger des Verkehrsweges (Bund, Land, Kommune) ergeben.*

*Redaktioneller Hinweis: Die Nummerierung der textlichen Festsetzungen in der Planzeichnung ist nicht fortlaufend. Die laufende Nummer 5 fehlt.*

#### Erfordernis weiterer Untersuchungen und redaktionelle Hinweise zu [1]

1. Für das auf der SO-Fläche mögliche Parkhaus ist bei Vorliegen einer konkreten Planung und eines Nutzungskonzepts die für die schutzbedürftigen Nutzungen innerhalb und außerhalb des Plangebiets zu erwartende Lärmbelastung zu ermitteln und entsprechend zu beurteilen.
2. Das auf Seite 17 [1] unter Abschnitt 6 „Quellenverzeichnis“ für die DIN 18005 angegebene Ausgabedatum ist inzwischen veraltet und sollte aktualisiert werden.
3. Die Dimensionen (Höhen) der vorhandenen Lärmschutzanlage südlich der DB-Strecke 6126 „Berliner Außenring“ sollten nachrichtlich in den Untersuchungsbericht [1] aufgenommen werden. Im Hinblick auf eine bessere Nachvollziehbarkeit sollte darüber hinaus auch der Anlass (Planung) aufgeführt werden, in dessen Rahmen der Bau o. g. Lärmschutzanlage festgesetzt wurde.

#### b) Verkehrsuntersuchung [2]

Die Anlage Verkehrsuntersuchung zum B-Plan Nr. 46 „Ahrendorfer Heide - Gartenstadt im Rousseau Park“ in Ludwigsfelde der Stadt Ludwigsfelde von August 2022 wurde auf Plausibilität in Bezug auf die Eingangsdaten weiterführender Untersuchungen im Sinne des verkehrsbezogenen Immissionsschutzes geprüft.

Das Kfz-Mehraufkommen für den Planfall wird mit insgesamt 1.588 Kfz/24h angegeben. Die nach HBS ermittelte Leistungsfähigkeit der Zufahrtsstraße kann nachvollzogen werden. Es werden keine Einwände erhoben.

### c) Wesentliche Änderung

Im westlichen Teil des Plangebietes befindet sich der Knotenpunkt der L 795, Großbeerener Straße und Rousseau Allee. Dort soll zukünftig ein Kreisverkehr realisiert werden. Der Bau eines Kreisverkehrs stellt eine wesentliche Änderung im Sinne der 16. BImSchV dar.

Nach § 41 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) ist sicher zu stellen, dass durch den Bau oder die wesentliche Änderung einer Straße keine schädlichen Umwelteinwirkungen durch Verkehrsgläusche hervorgerufen werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind. Gem. § 43 BImSchG wurde die Sechzehnten Bundesimmissionsschutzverordnung (16. BImSchV) als Rechtsverordnung erlassen.

In der schalltechnischen Untersuchung ist darzustellen, ob der vorliegende Antragsgegenstand die Kriterien der „wesentlichen Änderung“ i.S.d. 16. BImSchV bzw. eines „erheblichen baulichen Eingriffs“ i.S.d. Richtlinie für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (VLärmSchR 97) erfüllt. An wesentlich geänderten Straßen besteht gem. § 41f. Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) und der 24. BImSchV (Verkehrswege-Schallschutzverordnung) der Anspruch auf Lärmvorsorge.

### 3. Fazit

Sowohl die Orientierungswerte für Allgemeine Wohngebiete als auch die Werte der allgemein anerkannten Schwelle der Gesundheitsgefährdung werden teilweise erheblich überschritten. Zur Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind, neben den bereits errichteten Lärmschutzwänden entlang der Schienentrasse, weitere aktive und passive Festsetzungen zum Lärmschutz erforderlich.

Gem. [3], S.16 werden die Gutachten [1; 2] im weiteren Verfahren ergänzt. Die Hinweise des LfU sind im weiteren Verfahren und im Zusammenhang der Überarbeitung der Gutachten zu berücksichtigen. Den bisherigen Festsetzungen unter Nr. 4 wird prinzipiell gefolgt. Eine Ergänzung wird im weiteren Verfahren in Aussicht gestellt. Im Zusammenhang der TF Nr. 4.5 wird bislang nur das MI berücksichtigt. Im Zusammenhang mit den Hinweisen in der DIN 18005 und in [8;9] wird ein erhöhter Schutzanspruch der Außenwohnbereiche benannt. Der Schutz der Außenwohnbereiche im WA ist zu diskutieren.

Ausgehend von Art und Umfang der geplanten Neuentwicklung von Wohnsiedlungsflächen und dem bereits in der näheren Umgebung existierenden Nutzungsbestand sind erhebliche Immissionskonflikte infolge der Vorhabensrealisierung zu erwarten.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.

### Quellen

[1] Schalltechnische Voruntersuchung (Ergebnisdokumentation) zum B-Plan Nr. 46 „Ahrensdorfer Heide - Gartenstadt im Rousseau Park“ in Ludwigsfelde, HOFFMANN-LEICHTER Ingenieurgesellschaft mbH Berlin, Stand: 29.06.2021

[2] Verkehrsuntersuchung mit Anlagenband zum B-Plan Nr. 46 „Ahrensdorfer Heide - Gartenstadt im

Rousseau Park“ in Ludwigsfelde, HOFFMANN-LEICHTER Ingenieurgesellschaft mbH Berlin, Stand: 19.08.2022

- [3] Begründung (Vorentwurf) zum Bebauungsplan Nr. 46 "Ahrensdorfer Heide – Gartenstadt im Rousseau Park" der Stadt Ludwigsfelde, Gemarkungen Ludwigsfelde und Ahrensdorf, Stand: März 2024
- [4] Planzeichnung (Vorentwurf) mit textlichen Festsetzungen für den Bebauungsplan Nr. 46 "Ahrensdorfer Heide – Gartenstadt im Rousseau Park" der Stadt Ludwigsfelde, Gemarkungen Ludwigsfelde und Ahrensdorf, Stand: März 2024
- [5] Arbeitshilfe Bebauungsplanung, Land Brandenburg Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Stand: Dezember 2022
- [6] Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), Manuelle/Temporäre Straßenverkehrszählung (SVZ), <https://www.bast.de/DE/Statistik/Verkehrsdaten/Manuelle-Zaehlung.html>
- [7] VGH Hessen, Urteil 4 C 327/09 vom 22.04.2010, verfügbar u. a. unter Beck-Online

Hinweis:

*Das Urteil des VGH Hessen 4 C 327/09 vom 22.04.2010 ist mit Beschluss des BVerwG vom 23.09.2010 - 4 BN 31.10 wirkungslos, da die Antragstellerin in dem verhandelten Fall ihren Normenkontrollantrag zurückgezogen hat.*

- [8] VGH Hessen, Urteil 4 C 327/09 vom 22.04.2010, Leitsatz, verfügbar u. a. unter [https://www.ibr-online.de/IBRUrteile/index.php?S\\_Aktenzeichen=4%20C%20327%2F09&S\\_Submit=suchen&Treff\\_emarkierung=Aus](https://www.ibr-online.de/IBRUrteile/index.php?S_Aktenzeichen=4%20C%20327%2F09&S_Submit=suchen&Treff_emarkierung=Aus)

Dieses Dokument wurde am 05.07.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.